

«Keine Geschenke»

Einigkeit herrscht in der SVP des Bezirks Bülach zu den eidgenössischen Abstimmungen. Für Uneinigkeit sorgt die kantonale Vorlage.

Andreas Krebs

Obwohl sich die SVP auf kantonaler Ebene deutlich für die Volksinitiative «nur eine obligatorische Fremdsprache an der Primarschule» ausgesprochen hatte, erfolgte die Information an der Versammlung der Delegierten des Bezirks Bülachs am Mittwochabend in Kloten kontradiktorisch.

Sekundarlehrer und Kantonsrat Matthias Hauser legte die Argumente der Initianten dar. Er bezweifelte den Erfolg des spielerisch geführten Englischunterrichts an der Primarschule. Zudem warnte er vor einem Übergewicht der Sprachen auf dem Stundenplan, da insbesondere auch die Naturwissenschaften dringend gefördert werden müssten. Schliesslich seien Fremdsprachen zwar wichtig, sagte er, sie könnten Deutschkenntnisse und die Fähigkeit zum logischen Denken aber nicht ersetzen.

«Viele Kinder lernen gerne»

Kantonsrat Claudio Schmid wies vor allem auf die guten Erfahrungen in den Schulen hin, in denen Frühenglisch bereits eingeführt worden sei. Auch das Argument der Überforderung schwacher und fremdsprachiger Schüler liess er nicht gelten. «Wir müssen an den Schulen wieder mehr verlangen. Viele Kinder lernen gerne», erklärte er.

In der Diskussion war man sich einig, dass die Schüler nach Abschluss der Schulzeit in beiden Sprachen über gute Kenntnisse verfügen sollten. Mit welchem Modell das besser erreicht werde, konnte jedoch nicht geklärt werden. Bei der Parolenfassung entschieden die Delegierten mit 23:11 Stimmen, die Initiative zu unterstützen.

Bei den beiden eidgenössischen Abstimmungen waren die Meinungen schnell gemacht. Nationalrat Hans Fehr führte noch einmal die Argumente gegen das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas auf. Er wies darauf hin, dass die im Moment diskutierte Zahlung der sogenannten Kohäsionsmilliarde an die Länder Osteuropas nichts mit der Unterzeichnung der bilateralen Verträge zu tun habe, und entsprechend auch keine Folgen zu erwarten seien, wenn die Schweiz den Betrag nicht bezahle.

Grundsätzlich handle es sich um ein Geschenk ohne Gegenleistung, das nur bewilligt werden könne, wenn es sich um eine einmalige Zahlung handle, die anderweitig kompensiert werde. Weil dies nicht so sei und weitere Ausgaben befürchtet werden müssten, bei denen das Volk nicht mitbestimmen könne, sei die Vorlage abzulehnen.

Bereit für den Wahlkampf

Die Delegierten folgten der Argumentation Fehrs und fassten einstimmig die Nein-Parole. Das Gleiche taten sie beim Bundesgesetz über die Familienzulagen, das ihnen Nationalrat Hans Rutschmann vorstellte. Er wehrte sich gegen ein neues Sozialwerk auf Bundesebene, das künftig rund 600 Mio. Franken pro Jahr verschlingen könne – nach Rutschmanns Befürchtungen auf Kosten der Unternehmer. Weil die Kinderzulagen kantonal gut gelöst seien, könne man auf das Bundesgesetz gut verzichten.

Von Otto Zuberbühler liessen sich die Delegierten über den Wahlkampf informieren. Die Kandidaturen für den Kantonsrat sind bestimmt, die Plakate bereit zum Druck, die wichtigsten Veranstaltungen fixiert. Die SVP sei bereit für den Wahlkampf, betonte Bezirkspräsident Ueli Betschart. Wegen des neuen Berechnungssystems müsse der Wähleranteil um drei Punkte gesteigert werden, um die Anzahl an Sitzen zu behalten. Zudem sei die Rückeroberung eines zweiten Sitzes im Regierungsrat das erklärte Ziel, gab Betschart dieses vor.